

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Böden im Orts- u. Nach-
barortsverkehr viertel. M. 1.20
ausserhalb desselben M. 1.30.
hiesu Postgeld 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verfündigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
Zeitung für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Wochenrückblick.

Die württembergischen Sozialdemokraten haben am Ostermontag den württembergischen Demokraten den Krieg erklärt. Es gab zwei Gruppen in der sozialdemokratischen Landesversammlung, die Gruppe Keil und die Gruppe Hildenbrand, eine Kriegs- und eine Friedenspartei. Frau Klara Zetkin und Herr Landtagsabg. Keil sind die Häupter der Kriegs- und der Partei der schärfsten, der revolutionärsten Tonart. Mit Schmunzeln hat Herr Redakteur Keil im Verlauf der „Tagwachtdebatte“, die scharfe Angriffe auf die edige und unumgängliche Haltung der Tagwacht brachte, erzählt, eine Genosse habe ihm gesagt, ein sozialdemokratisches Blatt könne gar nicht radikal genug sein! Wie wohl auch die Sozialdemokratie selbst nicht? Die Kriegspartei ist offenbar dieser Meinung; und die Debatte über Krieg oder Frieden verlief ganz artgetreu. Die Vermutung wird bei solchen Gelegenheiten häufig umsonst geäußert, und die Leidenschaften und die Traufgängerrei bringen durch. So war's auch im sozialdemokratischen Parteitag. Vergeblich machten die besonnenen Elemente darauf aufmerksam, daß es Ansturm sei, in der gegenwärtigen Zeit, welche die Verfassungsrevision erheische, in einer Zeit auf eine Schwächung der Demokratie auszugehen. Die Verfassungsrevision, das württembergische Volk ist den nach Württemberg verpflanzten preussischen Vätern der intransigenten Richtung viel wichtiger als das Sonderinteresse der Sozialdemokratie. Um ein paar Tausend Stimmen oder um ein paar sozialdemokratische Mandate weiter verkaufen diese Leute die ganze Verfassungsrevision! Mit einer Offenheit, die einer besseren Sache dienen dürfte, ist verkündet worden, daß den Sozialdemokraten die Demokratie am Meisten im Wege ist. Die „Demokratische Korrespondenz“ bemerkt dazu:

„Es ist auf den ersten Blick vom Parteistandpunkt der Sozialdemokratie in Württemberg begreiflich, daß sie gegen die Demokratie in Württemberg anrennen möchte. Denn gerade in diesem Vorlande der Deutschen Volkspartei, wo sich die entschiedenste Richtung der bürgerlichen Freiheitsanhänger am besten entfalten konnte, hat die Sozialdemokratie nicht die Entwicklung gefunden, die sie in andern deutschen Ländern blühte, wo reaktionäre politische Zustände den sozialdemokratischen Pflanzungen den besten Nährboden bereitet hatten. Je freier, je besser verwaltet ein Land, desto geringer die sozialdemokratischen Erfolge. Das ist ein natürlicher Zusammenhang. Es ist nicht erlaunlich, daß die Sozialdemokratie unter solchen Umständen eine kraftvolle bürgerliche Demokratie als ein Hindernis des sozialdemokratischen Wachstums unbehaglich veripart.“

Eine Partei, die nur ihr eigenes und nicht das allgemeine Wohl anstrebt, treibt aber ein höchst frevelhaftes Spiel. Wer politische Reformen will, wer will, daß unsere staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sich bessern, der darf nicht auf das Zusammenwirken aller Kräfte verzichten, die auf das gemeinsame Ziel hinarbeiten. Wer freilich vom „großen Abberabatsch“ träumt, vom gewaltsamen Umsturz, der mag der Politik folgen, die da sagt: Je schlimmer, desto besser.

Das belgische Beispiel zeigte, ja! als die schwäbische Sozialdemokratie ihren neidischen Beschluß faßte, wie wenig für die freiheitliche Entwicklung eines Landes herauspringt, wenn Sozialdemokratie und Liberalismus sich bekämpfen. Dann triumphiert der Dritte, die konservativ-reaktionäre Reaktion. Die belgischen Sozialdemokraten haben das jetzt satt, sie wollen zusammen mit den Liberalen das reaktionäre Joch abwerfen, und sie beschließen den Liberalismus nur da, wo keine Gefahr besteht, daß die Rückwärtler davon profitieren. Diese Erkenntnis kommt spät. Die Merkanten haben sich in der Zwischenzeit in Belgien so fest eingenistet, daß es schwerhalten wird, das Unkraut zu jäten, selbst mit vereinten Kräften.

Ein Gutes müßte ja sogar eine verfehlte Taktik der Sozialdemokratie im Gefolge haben: wenn sie das freiheitliche Bürgertum mit aller Gewalt zum „Zweikonten-trenn“ herausfordert, fördert sie unter allen Umständen den **Zusammenbruch der bürgerlichen Linken.** Immer mehr werden nationalliberale Stimmen laut, die

einen größeren Liberalismus möchten. Zunächst allerdings einen größeren Nationalliberalismus. Aber auch ihnen wird in der weiteren politischen Entwicklung die Erkenntnis nicht verborgen bleiben, daß der Liberalismus nur dann neue Kräfte gewinnen wird, wenn er seine linke Seite, die Herzseite, stärkt. Daß den Sozialdemokraten der Linkliberalismus so gräßlich unbequem ist, wie in Schwaben, das bildet ja den besten Beweis für die Notwendigkeit des großen bürgerlichen Rucks nach links.“

Dem möchte noch anzufügen, daß die ganze Spekulation der sozialdemokratischen Kriegspartei schon rein rechnerisch böß verfrachten kann. Die Demokratie hat es unter Umständen in der Hand, daß die Sozialdemokratie an Mandaten eher geschwächt als gestärkt aus den nächsten Wahlen hervorgeht! Ob die Demokratie von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, wird wesentlich vom Verhalten der Sozialdemokratie abhängen.

Der württembergische Landtag hat nach Ostern seine Beratungen wieder aufgenommen und zunächst den Justizetat erledigt. Alle dazu gestellten Anträge wurden angenommen: der Antrag, der die Errichtung von Eheverträgen empfiehlt, der Antrag auf Gewährung von Taggeldern neben der Reisekosten-Erstattung an Schöffen und Geschworene, der Antrag auf Gewährung von Freikarten an die letzteren, und endlich der Antrag betreffend Einziehung einer genügenden Summe für Entschädigung unschuldig Verurteilter oder Verhafteter. Bei der Beratung des Etats der Zentralfeste für Gewerbe und Handel wurde mit Nachdruck dafür eingetreten, daß die Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen von Hohheim wieder nach Stuttgart verlegt werde. Ueber das Submissionswesen wurde wieder lebhaft gelaugt.

Die Beratung des Gegenwartes über die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich hat eine überraschende Wendung genommen. Während im bisherigen Verlauf der Debatte die Geister sehr heftig aufeinander prallten, wurden die grundlegenden Bestimmungen des Artikels 4 der Trennungsvorlage mit einer Majorität von 509 gegen nur 44 Stimmen angenommen. Nur die ultraklerikalen und ultraradikalen Abgeordneten, von denen die einen von einer Trennung von Staat und Kirche überhaupt nichts wissen wollen, den anderen aber der angenommene Artikel nicht weit genug ging, stimmten dagegen.

Der Erfolg des Ministeriums Rouvier möchte den objektiven Beobachter fast stutzig machen und es scheint auch, als ob die Republikaner um des Prinzips der Trennung willen den Merkanten doch etwas neu entgegengekommen sind, da diese gleich mit beiden Händen zugriffen, um für die Kirche zu retten, was zu retten ist, und vielleicht noch mehr, als sie selbst erwarteten. Mit der Trennung allein ist's nicht getan und die französischen Sozialisten sind sehr im Irrtum, wenn sie glauben, daß die Hauptsache getan sei, wenn nur erst Staat und Kirche von einander geschieden sind. Durch die nun von der französischen Kammer beschlossenen Bestimmungen über die Verwaltung des kirchlichen Vermögens wird die Verfügung über dessen Verwendung der Hierarchie völlig in die Hände gegeben und deren Einfluß eher gestärkt als geschwächt, ja es ist direkt zu befürchten, daß sich die Kirche in Frankreich statt zu einer mit dem Staat Hand in Hand gehenden Macht in Zukunft zu einem Staat im Staate entwickeln könnte, und daß dann der politische Staat noch weniger als jetzt in der Lage sein wird, die Machtansprüche der Kirche zu brechen.

Ob gegenüber den Stützen, die man dem Merkantilismus in Frankreich läßt, die prinzipielle Trennung von Staat und Kirche und der Übergang der kirchlichen Gebäude in den Besitz der Kommunen wirklich so große Vorteile für den Staat bringen wird, wie die Mehrheit der französischen Linken zur Zeit hofft, kann erst die Zukunft entscheiden. Ein gewisses Aufsichtsrecht über die Kirche darf sich der Staat auch nach völliger Trennung von Staat und Kirche auf alle Fälle nicht nehmen lassen.

Den **deutsch-französischen Beziehungen** ist durch die Rücktrittskomödie Delcassés kein großer Dienst erwiesen

worden. Herr Delcasse hat neuen Mut gefaßt. Er veröffentlicht im „Matin“ eine in barschem Tone gehaltene offiziöse Note, in welcher Deutschland aufgefordert wird, seinen Anspruch in Marokko klar zu formulieren. Es wird darin abermals erklärt, daß Frankreich alles zu garantieren bereit sei, was Deutschland fordere, also die Unabhängigkeit Marokkos und die Handelsfreiheit für alle Nationen. Den von französischer Seite begonnenen Unterhandlungen seien von deutscher Seite nicht die Herzlichkeit und das Vertrauen entgegengebracht worden, welche man erwarten durfte. Deutschland würde heute vollständig isoliert dastehen, wenn es unternehme, den europäischen Frieden zu stören.

Frankreich bekommt es übrigens jetzt auch mit seinem italienischen Freunde zu schaffen. Wie es heißt, hat die türkische Regierung einer französischen Gesellschaft den Bau eines Hafens in Tripolis erteilt, und dadurch glaubt Italien eine Schwächung seines Einflusses in Tripolis erblicken zu müssen. Der „Populo Romano“ erklärt zwar die Tripolis-Geschichte für eine Aufbauschung von italienischen Spekulanten und andere Blätter stimmen mit ihm darüber ein. Nichtsdestoweniger ist die öffentliche Meinung in Italien schon stark aufgeregt und man weiß, wie empfindlich Italien in allen Fragen ist, die seine Stellung zu der letzten Provinz des türkischen Reiches in Nordafrika betreffen.

Auf der Insel **Kreta** hat letzte Woche das Parlament den Anschluß Kretas an Griechenland proklamiert. Damit erklärten sich aber die europäischen Mächte nicht einverstanden. Das kretinische Parlament hat nun beschloffen, die proklamierte Anschließung Kretas an Griechenland aufrecht zu erhalten, nur soll die Verwaltung Kretas „vorläufig“ nach der kretinischen Verfassung fort-dauern. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe sind in der Endabacht verschiedene englische Kriegsschiffe angekommen. Mehrere von den Aufständischen bedrohte Punkte wurden durch die Truppen der Vertragsmächte besetzt.

Auf dem **Kriegsschauplatz** in Ostasien bereiten sich wiederum schwere Ereignisse vor. Bald wird die Luft von dem Donner der Kanonen erzittern, dampfendes Blut wird aufsteigen zum Himmel, und über das Wasser werden die Hülfskreise der ertrinkenden Seeleute erschallen. In der Mandschurei zeigt sich seit den letzten Tagen plötzlich wieder Leben. Es wird scharf auf den Vorpostenstellungen gekämpft und damit zeigt sich, daß ein anderer als der europäisch-russische Geist in die russische Heere eingezogen. Einewitsch verwendet seine Kavallerie, um ständig mit dem Feind in Fühlung zu bleiben. Das hat europäischer immer verdammt und angesichts des zäh-n Ringens um verhältnismäßig unwichtige Stellungen glauben die Kenner darauf schließen zu dürfen, daß es möglicherweise vorher noch zu Lande schwere Kämpfe gibt, ehe Roschdestwenski seine Kräfte an den Togo's gemessen. Zur See ist die Lage augenblicklich so. Man weiß weder wo die japanische, noch wo die russische Flotte sich aufhält. Beide scheinen Verheddens zu spielen, um dann plötzlich gegenseitig über sich herzufallen. Roschdestwenski hat zweifellos die Absicht, das Verarmen des 3. baltischen Geschwaders unter Nebogatow abzuwarten, um sich mit ihm zu vereinigen. Dann wird seine Flotte der Togo's materiell überlegen sein. Ob auch geistig, das wird sich vielleicht schon in den nächsten Tagen weisen, denn es liegt weder im Interesse Togo's noch in dem Roschdestwenski's, die Entscheidung gar zu lange hinauszuzögern.

Wie wir bereits gestern mitteilten, hat „Edward der Siebente, durch Gottes Gnade König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Verteidiger des Glaubens, Kaiser von Indien“ der südafrikanischen Kolonie **Transvaal** eine Verfassung gegeben, die als die Erfüllung des Versprechens angesehen werden soll, das die englische Regierung den Buren in dem Friedensvertrage vom 30. Mai 1902 zu Vereingung gemacht hat. Die ministeriellen englischen Blätter sind mit der neuen Verfassung für Transvaal im allgemeinen zufrieden, da sie überzeugt sind, daß dadurch die Buren niedergehalten werden können. Der „Times“

scheinen die Zugeständnisse sogar zu weit zu gehen. Herrn Hittletons Schema, sagt dagegen „Daily Chronicle“, zeigt die Mitarbeit der Kinnelammer von Transvaal; es ist so eingerichtet, daß er die Regierung des Landes aus den Händen des Vosses hält und es wird lediglich der Anfangspunkt für eine neue Agitation werden.

Es ist auch sehr fraglich, ob auch nur ein nennenswerter Teil der Buren der Aufforderung des Kolonialministers Folge leisten wird, ihre Rasse, nicht länger mehr in isolierter Unabhängigkeit, zu einem starken Pfeiler in dem Gebäude des Weltreiches zu machen. Wenn dieser Appell Erfolg haben soll, müßte die englische Regierung den auf dem Schlachtfelde Besiegten doch viel mehr Vertrauen entgegenbringen, als es tatsächlich in der neuen Verfassung für Transvaal geschieht.

Politische Rundschau.

Rußland. In Zentralasien. Die Times of India erzählt, daß von den Russen neue Militärstraßen nach verschiedenen Punkten an der afghanischen Grenze gebaut werden. 200.000 Russen seien der mittelasiatischen Grenze entlang aufgestellt.

China. In Satang an der Grenze von Szechwan wurden vier französische Missionare von räuberischen Stämmen gefangen genommen. Der chinesische Präsekt, der den Gefangenen zu Hilfe eilte, ist wahrscheinlich ermordet worden.

Der Landtag

nahm gestern die Beratung bei dem Titel über die Zentralfürsorge für Handel und Gewerbe wieder auf. Hierbei sprachen mehrere Redner ihr Bedauern darüber aus, daß die Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen aus dem Landesgewerbemuseum entfernt und nach Hohenheim das doch etwas abseits liege, verpflanzt worden sei. Es wurden verschiedene Anträge eingebracht, die darauf abzielten, daß in Stuttgart ein Raum zur Unterbringung einer Ausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen zur Verfügung gestellt werde. Diese Anträge wurden an die Finanzkommission zur weiteren Prüfung überwiesen. Lob wurde von einzelnen Rednern dem Technikum für Textilindustrie in Reutlingen und der Fachschule für Feinmechanik in Schweningen gezollt, deren Leistungen als vorzüglich anzusehen seien, und auch die Erigen für die Buchdruckerfachschule in Stuttgart fand unter Hinweis auf die Leipziger Konkurrenz warme Besprechung. Auch die Errichtung einer Gerbereischule in Wechingen wurde von keiner Seite beanstandet. Bei der Debatte über das Handwerf wurden auch aufs neue Klagen über unser Submissionswesen zu Gehör gebracht.

Der Kolonialkrieg in Südwestafrika.

§ Berlin, 27. April. Trotha meldet u. a.: Die der Kompanie des Hauptmanns D'Arrest am 7. April südlich von Kurubas abgenommenen Pferde wurden in einem Patrouillengefecht bei Klippdam südlich Jauruz zürückbeutet. Der Feind verlor dabei 12 tote, diesseits 1 Reiter gefallen. Im Norden des Schutzgebietes führten die vereinigten Offizierspatrouillen der Leutnants Bender und Sommer eine Hereroverst am Onquendjeberg. Sie nahmen dem Feind das am 13. April beim Ueberfall der Farm Ondekeremba erbeutete Vieh wieder ab. Es fielen 12 Hereros, 8 wurden gefangen genommen; diesseits keine Verluste.

Die Lage am Balkan.

§ Konstantinopel, 27. April. Die Pforte hat wegen der auf griechischem Boden betriebenen Ausrüstung einer großen für Mazedonien bestimmten Bande in Athen ernste Vorstellungen erhoben und auch ein Rundschreiben an die Großmächte gerichtet. Die Bande soll teilweise aus Kretenjern bestehen.

Marokko.

Paris, 27. April. Der Sozialistenführer Jaures nimmt in seiner Humanität die Angriffe gegen den Minister des Auswärtigen, Delcasse, mit aller Schärfe wieder auf: Ministerpräsident Rouvier hat wohl in seiner Rede über die marokkanische Angelegenheit angedeutet, daß Deutschland seine Haltung in dieser Frage nach der Schlacht von Mulden geändert habe. Man erzählt jetzt sowohl von englischer wie von deutscher Seite, daß die deutsche Regierung ihren Geschäftsträger in Tanger schon im November v. J. auf die unerfreulichen Folgen der marokkanischen Politik Delcasses aufmerksam gemacht habe. Wenn dies richtig ist, dann hat Delcasse eine noch viel schwerere Verantwortlichkeit auf sich geladen, als wir bisher geglaubt haben.

Krieg in Ostasien.

Die Lage zur See.

§ Saigon, 27. April. Havas-Meldung. Auch die russischen Transportschiffe und das Hospitalschiff „Orel“ haben gestern vormittag die innere Kamranh-Bucht verlassen. Das russische Geschwader liegt außerhalb der Kamranh-Bucht in einem großen Bogen, der sich vom Kap Varela bis zur kleinen Spitze der Kamranh-Halbinsel erstreckt. Die Torpedoboote manövrieren nach allen Richtungen. Das Geschwader scheint die Ankunft des Geschwaders des Admirals Nebogatow zu erwarten.

Petersburg, 27. April. Aus zuverlässiger Quelle wird bestätigt, daß Koschdziejewski tatsächlich einen südlichen Kurs eingeschlagen hat, um dem Ergänzungsgeschwader Nebogatows entgegen zu fahren. In Marinekreisen herrscht die Ueberzeugung, daß nach der Vereinigung der beiden Geschwader das Ergebnis einer eventuellen Seeschlacht ein günstiges sein werde. Das

Geschwader Nebogatows soll die Malakkastraße bereits passiert haben.

Hongkong, 27. April. Das Kabel nach Hainan wurde zerschnitten. Man glaubt, daß russische Agenten die Täter waren.

In der Mandschurei.

§ Petersburg, 27. April. Bet. Tel. Ag. Einewitsch meldet: An der linken Flanke setzten die Vorpostenabteilungen ihre Bewegungen fort. Am 23. April besetzten unsere Kavallerie die Dörfer Simenpac und Ufanta. An der Front der Armeen wurden die Japaner 4 bis 5 Werst vor Rajuanfian unter dem Feuer unserer Artillerie aus ihren Verschanzungen und einem dabei gelegenen Dorfe vertrieben. Der Feind zog sich auf einen dahinter gelegenen kleinen Berg zurück, der mit 3 hintereinander gelegenen Reihen von Verteidigungswerken versehen ist. Nachmittags kämpfte unsere Kavallerie bei Tsintsiatum mit den Japanern, die gezwungen wurden, zurückzugehen.

Stingen, 28. April. Aus der Partei.

Die auf gestern Abend ins Schiff einberufene Mitgliederversammlung des Volksvereins und des Vereins freier junger Männer war recht gut besucht. Herr Frey Vorh. hielt einen interessanten Vortrag über Deutschland in Südwestafrika, Geschichte und Wert unseres dortigen „teuren“ Besitzes darlegend. Der Vortrag erweckte trotz seiner strengen Objektivität den lebhaften Eindruck, daß das südwestafrikanische „Abenteuer“ ein sehr kräftiger Pömpfer für den Kolonialenthusiasmus jenseits ist und daß der Verkauf der deutschen Kolonialpolitik die reservierte Haltung der Parteien der Linken nur zu nachdrücklich rechtfertigt. G. O. Freitag rollte ein Bild der württembergischen Verfassungsgeschichte auf, darlegend, daß unser Vaterland viel früher als die Nachbarstaaten und Nachbarreiche eine Verfassung gehabt habe. Schon im Ende des 15. Jahrhunderts kam zwischen dem Herzog und dem „Ständischen Rat“ die erste Verfassungs-Urkunde zustande; seit damals ist in Württemberg der Absolutismus, abgesehen von gewaltigen kurzen Unterbrechungen des konstitutionellen Zustandes, ausgeschaltet. Im Laufe der Jahrhunderte ist verfassungspolitisch Manches geschehen. Die heutige Verfassung mit ihrer Adelsbegünstigung stammt aus dem Jahre 1819; sie war zwar 1849 und 1850 durch Gesetzgebung außer Kraft gesetzt; die Erste Kammer und die Privilegierten der Zweiten Kammer waren abgeschafft. Aber im Spätjahr 1850 wurde die alte Verfassung von 1819 durch den König einfach auf dem Verordnungsweg wieder eingeführt! Heute noch muß in Kampf um die Verfassungsrevision ein Kampf gegen die „Staatsstreich“ geführt werden. Der Redner besprach alsdann noch die Aussichten einer neuen Verfassungsvorlage und die Haltung der Parteien. Die bürgerlichen Fortschrittsparteien werden die Träger der Revision sein müssen. Die Sozialdemokratie scheint sich in Konsequenz ihrer verfehlten Haltung während der Protestbewegung selber selbst ausschalten zu wollen. Denn sie erklärt nicht die Förderung der Verfassungsrevision, sondern die Förderung der Sozialdemokratie, auch auf Kosten des Verfassungsschritts, für das Wichtigste. Gerade aber in der Verfassungsfrage müsse man sich doppelt davor hüten, die Partei über das Vaterland zu stellen. Hoffentlich erringe auch in der Sozialdemokratie die Richtung die Oberhand, die das erkenne. Die Vorträge fanden starken Anklang.

Tages-Nachrichten.

Stuttgart, 27. April. Saatenstandsbericht für Württemberg. Nach dem Aprilbericht des statistischen Landesamts zeigen die Wintersaaten fast überall einen befriedigenden Stand. Nur wo die Schneedecke sich lange erhielt, namentlich in den höheren Gebirgsgegenden, sind die Frühlisaaten zum Teil etwas lückenhaft. Bei Winterweizen und Winterdinkel hat sich der Durchschnitt erhalten, bei Winterroggen nur wenig verschlechtert. Auch Roggen, namentlich der früh gefäete, sowie Luzerne stehen befriedigend, spätgefäete Alee ist infolge der Sommerdrockheit mitunter etwas lückenhaft. Das Wachstum der Wiesen wird ebenfalls als gut bezeichnet. Umpflügungen waren bis jetzt nur in geringem Umfang notwendig. — Die Vesteilung der Sommerfrüchte ist in den milderen Gegenden beendet, in den übrigen Landesteilen im vollen Gang; teilweise ist die Sommerfaat auch schon ausgegangen. Im einzelnen gibt der Bericht folgende Notizen: Winterweizen 22, Winterdinkel 22, Winterroggen 21, Alee 23, Luzerne 23, Bewässerungswiesen, 21, andere Wiesen 23.

Hottensburg, 26. April. In den Hopfenpflanzungen ist man mit dem Ausschneiden zu Ende und es beginnt nunmehr das Stangenstechen. Durch die kalte Witterung in der letzten Zeit sind die Pflanzen noch weit zurück, man hofft aber, daß sie bei eintretender günstiger Witterung bald in voller Blüte stehen werden.

§ Ulm, 26. April. Zu der Plenarversammlung des katholischen Volksschullehrervereins hatte sich eine sehr ansehnliche Zahl von Mitgliedern eingefunden. Die Tagesordnung wies als ersten Punkt die Verhandlungen über die im Jahre 1903 gegründete Darlehenskasse für Lehrer-Einjährige auf. Kassier Pollich Smund mußte konstatieren, daß die Venützung der Kasse nicht ganz den gehegten Erwartungen entspreche. Bedauerlich sei, daß in Württemberg nur etwa 1/10 bis 1/20 der jungen Lehrer als Schülereingetragene dienen. Der Darlehensverein zählt 3.504 Mitglieder. Als zweiter Gegenstand kam eine Abänderung des Statuts des 1891 gegründeten Mobiliarfeuerversicherungsvereins zur Beratung, der 3.1420 Mitglieder zählt und über einen Reservefonds von 21.000 Mk. verfügt. Die wichtigste Abänderung bezog sich auf § 4 der Satzungen. Es wurde beschlossen, den Verein auf die Basis reiner Gegenseitigkeit zu stellen und bei eventueller Nachschußpflicht die Haftung des Vermögens der beiden beteiligten Lehrervereine auszuschalten und die Haftung auf die einzelnen Mitglieder nach der Höhe ihrer Versicherungssumme abzunügen. Zum Schluß wählte die Versammlung als Ort der nächsten Plenarversammlung Stutt-

gart und setzte als Termin für die durch 6 Ulmer Lehrer vorgunehmenden Wahlen des Vereinsvorstandes die Zeit zwischen dem 29. Mai und 10. Juni fest.

§ Vom Hegau, 27. April. Erhängt und erschossen hat sich im Alter von etwa 70 Jahren in Föhren bei Bauer B. Bona.

Bruchsal, 27. April. Aus dem Männerzuchthaus wurde in der letzten Woche ein Mann entlassen, der 1898 wegen Brandstiftung eine Zuchthausstrafe von acht Jahren erhalten hatte. Jetzt, nachdem der vermeintliche Verbrecher seine Strafe beinahe ganz abgehüßt hat, hat sich der damalige Hauptbelastungszeuge, auf dessen Aussage hin die Beurteilung erfolgte, selbst des Meineids angeklagt und dadurch die Wiederaufnahme des Verfahrens nötig gemacht.

Berlin, 25. April. Der deutsche Kriegerbund hat ein Schreiben an die ihm angeschlossenen Kriegervereine erlassen, in dem er sich dagegen ausspricht, daß Kriegervereine geschlossen dem deutschen Flottenverein beitreten. Der Flottenverein werde mehr oder weniger als politischer Verein angesehen. Die Sache sei auch deshalb bedenklich, weil nicht alle bürgerlichen Parteien Anhänger des Flottenvereins und seiner Ziele seien, während in den Kriegervereinen alle bürgerlichen Parteien, also insbesondere auch Gegner des Flottenvereins vertreten sein könnten.

Reg., 26. April. Kartoffelvergiftung. Bei dem Infanterieregiment Nr. 131 in Longeville ist eine Massen-erkrankung ausgebrochen, die man anfänglich an Infektionskrankheit, dann als Giftstarre ansah und endlich als Vergiftung erkannte, die wahrscheinlich durch den Genuß alter Keimender Kartoffeln hervorgerufen wurde. Todesfälle sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Berlin, 26. April. Zur Bekämpfung der Giftstarre haben die Leiter des hygienischen Instituts der hies. Universität und des Instituts für Infektionskrankheiten auf Veranlassung des Polizeipräsidenten umfangreiche Maßnahmen ergreifen. Sie haben mehrere Infizierten erkrankt, um durch Untersuchungen von Nafen und Nassen solcher Personen, die zur Umgebung der drei in Berlin an Giftstarre Erkrankten gehörten oder mit ihnen in Verbindung gestanden haben, zu ermitteln, ob sie vielleicht Träger des Infektionsstoffes seien. Durch die Untersuchungen der Infizierten soll auch, wenn möglich, festgestellt werden, woher bei den Erkrankten der Infektionsstoff rührte und ob vielleicht die Uebertragung aus einer gemeinsamen Quelle erfolgte.

§ Berlin, 27. April. Massenvergiftung. In den Klassennummern der Gemeindeschule 54 für Mädchen hatte sich heute früh eine bedeutende Menge giftiger Kohlen-gase angeammelt, sodaß viele Kinder und eine Anzahl Lehrerinnen bald nach Beginn des Unterrichts betäubt umfielen. 5 herbeigeholte Aerzte nahmen die Verlebten in Behandlung. Die Eltern eilten herbei, um die Kinder zu holen und es kam zu ersten Ausritten. Die Schule wurde einstweilen geschlossen.

Berlin, 27. April. In der Zionsgemeinde sind vor einem Jahr zwei liberale Prediger gewählt worden, welche auch ihren Namen unter die zu Gunsten des Pfarrers Fischer erlassene Sympathieerklärung gesetzt haben. Diese beiden Herren vertreten zeitweise auch einen Amtsbruder derselben Gemeinde, dem die Pfarrertätigkeit in Elisabeth-Siedehaus obliegt. Vor kurzem ist diesem Geistlichen nun durch das Kuratorium des Kronenbades die schriftliche Aufforderung zugegangen, den beiden liberalen Herren von Zion die Kanzel des Elisabeth-Siedehauses nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Der Amtsbruder hat darauf dem Kuratorium mitgeteilt, daß wenn seinem Amtsbruder, die derselbe sind, in der großen Zionsgemeinde das Predigtamt auszuüben, die Kanzel des Elisabeth-Siedehauses verboten werde, er dieses als einen Schimpf und als eine Beleidigung sowohl seiner Amtsbrüder als der Gemeindeförperschaft von Zion ansehe und auch seinerseits seine Tätigkeit im Dienste des Elisabeth-Siedehauses einstellen müsse. Man ist gespannt darauf, welche Stellung das Kuratorium zu dieser Frage nehmen wird.

Berlin, 27. April. An Angehörige der Schutztruppen in Deutsch-Südwestafrika konnten bisher Pakete bis 10 Kilogr. frachtfrei durch Vermittlung der Expeditionsfirma Mathias Rhode u. Co. in Hamburg befördert werden. Wie die Firma mitteilt, sind die Verkehrsverhältnisse in dem Schutzgebiet so überaus schwierige, daß die Einrichtung vorläufig eingestellt werden muß. Die Postanstalten werden deshalb vom Reichspostamt heute angewiesen, derartige Sendungen nicht mehr anzunehmen. Die frachtfreien Pakete bis zum Gewicht von 10 Kilo sind nicht zu verwechseln mit den Feldpostpaketen, die nach wie vor zulässig sind, aber nur 3 1/2 Kilo schwer sein dürfen.

§ Hamburg, 27. April. Aussperrung. Der Vorstand der Tischlerinnung zu Hamburg und Altona und der Arbeiterschutzverband der Holzindustrie von Hamburg und den Nachbarstädten beschloß in gemeinschaftlicher Sitzung, alle dem Holzarbeiterverband angehörenden Tischlergesellen auszusperrern.

Paris, 25. April. Ein gräßliches Wahnsinnsdrama spielte sich am Dienstag in dem Pariser Vorort Aubervilliers ab. Dort wurde der Tischler Georges Chauvin tobichtig; er führte mit einer Säge aus seiner Krone im Bett liegende Frau und begann ihr das Bein abzufügen. Der Unglücklichen gelang es indessen, trotzdem sie Blut in Strömen aus einer furchtbaren Wunde verlor, sich zu Nachbarn zu flüchten. Kurz darauf hörte man einen furchtbaren Lärm und gräßliches Gewinsel aus der Wohnung Chauvins erschallen, und als die Nachbarn die Türe erdrachten, bot sich ihnen ein entsetzliches Schauspiel. Der Wahnsinnige, dem Gesicht, Arme und Hände zerissen waren, so daß ihm Freyen von den Wangen herabgingen, hielt noch eine blutige Säge in der Hand, mit der er den Hund in zwei Teile geschnitten hatte. Das arme Tier hatte sich in seinem Schmerz verteidigt und man glaubt, es sei dabei tollwütig geworden.

§ Rüttich, 27. April. Die Weltausstellung ist heute eröffnet worden. Die meisten Ausstellungen sind noch nicht fertig.

§ Stockholm, 27. April. Die Rüstung zum Krieg. Der Reichstag bewilligte heute 4914900 Kronen zum Bau von Kriegsschiffen.

New-York, 27. April. Zollkrieg? Hiesige Blätter erfahren, daß die Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags bereits erfolgt sei, und sprechen die Befürchtung eines Zollkriegs aus.

§ New-York, 27. April. Carnegie hat eine Stiftung von 10 Millionen Dollar gemacht, aus der nicht mehr dienstfähigen Universitätsprofessoren jährliche Pensionen gewährt werden sollen.

